

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Der Bazillus der Einkommensparität

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1965) : Der Bazillus der Einkommensparität, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 10, pp. 513-515

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133527>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Bazillus der Einkommensparität

Gewiß fällt in Wahlkämpfen manches an sachlicher Aufklärung ab. In erster Linie sind sie jedoch Werbefeldzüge, in denen es darauf ankommt, gute Figur zu machen. Daran wird sich niemand stoßen, der einen Augenblick über die tatsächliche Funktion der Wahlveranstaltung im demokratischen Konkurrenzkampf um die Regierungsgewalt nachdenkt. In gleicher Weise wäre es allerdings auch verfehlt, sich allzusehr auf den Wohllaut der verkündeten Programme verlassen zu wollen; nur die harte Praxis des politischen Alltags kann zeigen, was sie in Wirklichkeit wert sind. In einem Punkt indessen — und leider ist es ein zentraler Punkt — muß man geradezu wünschen, daß der wirtschaftspolitischen Werbung keine reale Ware entspricht. Denn von vielen nicht gewußt oder nicht beachtet, breitet sich ein Bazillus in unserer Wirtschaftspolitik aus. Schon die Gesetzgebung der letzten Legislaturperiode zeigte dafür deutliche Symptome; munter hat er sich dann in den Wahlversprechen einnisten können, und bei der gegebenen Formation des sog. vorparlamentarischen Raumes steht zu befürchten, daß er auch in den kommenden Jahren weitere Nahrung finden wird: wir meinen den Bazillus der sektoralen Einkommensparität.

Das ist eine relativ neue Erscheinung, die in den wirtschaftspolitischen Medizinbüchern noch kaum genügend Beachtung findet. Wie soll man sie erklären? Nun, wir alle schätzen eine wachsende Wirtschaft als Transportband der Freiheit und als Medium der Konfliktverminderung. Der wirtschaftliche Fortschritt vollzieht sich jedoch nicht gleichmäßig. Einmal schwanken die Wachstumsraten des Sozialproduktes im Zeitverlauf. Das ruft noch nicht unbedingt die Politik auf den Plan. Zum anderen aber haben an der jährlichen Expansion auch die einzelnen Wirtschaftsbereiche unterschiedlichen Anteil: einige Branchen nehmen überproportional zu, andere können mit Erfolg ihre Ausgangsposition behaupten und wieder andere verlieren an Terrain oder schrumpfen sogar absolut. Und das ist nun Grund genug, die politischen Alarmglocken zu läuten. Niemand will zwar leugnen, daß der wirtschaftliche Fortschritt früher stets mit strukturellen Gewichtsverlagerungen zwischen den Wirtschaftssektoren verbunden war und daß der Staat gut daran tat, hier nicht in die Marktwirtschaft einzugreifen. Aber was für die Historie gilt, kann in der Gegenwart, zumal wenn sie ein ungünstigeres Los verteilt, anders werden. Heute soll das Sozialprodukt nicht nur stark, stetig und möglichst auch inflationsfrei wachsen: die Einkommenszunahme hat vor allem sektoral paritätisch zu sein. Adressat dieser jüngsten Version des Gleichheitspostulates ist die staatliche Wirtschaftspolitik. Und offensichtlich braucht sie bei den Maßnahmen, die dem Branchen-Gleichschritt dienen sollen, nicht sonderlich wählerisch vorzugehen.

Das Fatale der Forderung für eine rationale Wirtschaftspolitik liegt zunächst einmal darin, daß sie selten — bewußt oder unbewußt — mit offenem Visier verfochten wird. Sie erscheint unter den verschiedensten Etiketten. Aber ob nun

die Konzentration oder die Werbung, die Benachteiligung durch die Natur oder durch den Kapitalmarkt, ob die ausländische Konkurrenz oder die Soziallast den Sündenbock darstellt: immer geht es um Schutz- und Stützungsansprüche, die letztlich auf eine Angleichung der Branchenerfolge hinauslaufen. Offenbar gewinnt das Paritätsstreben durch solche „Begründungen“ an Plausibilität, wenn es darauf ankommt, die zumeist nur halb hinhörende öffentliche Meinung zu beeindrucken. Dabei kann es nicht zweifelhaft sein, daß hier Oberflächenwirkungen für die eigentliche Ursache ausgegeben werden. Der wahre Grund für das Zurückbleiben einzelner Branchen liegt entweder in Verschiebungen der Nachfrage, die freilich mit dem steigenden Einkommensniveau häufiger an der Tagesordnung sind, oder in der Konkurrenz des neuen Produktes und der neuen Technik oder in Unterschieden der unternehmerischen Mentalität. Bislang waren das normale Faktoren der Wirtschaftsentwicklung, denen es sich anzupassen galt. Sie sind das Lebenselixier einer fortschreitenden Marktwirtschaft, die gerade dadurch der Gesamtheit der Wirtschaftsbürger nützt, daß sie die Gewinnchancen mit Elastizität und Risikoübernahme im Gleichgewicht hält. Nur eine Zentralplanung könnte die Nachfrage und technische Veränderungen so gängeln, daß die sektoralen Besitzstände gewahrt blieben; allerdings bedarf es dann auch keiner unternehmerischen Dispositionsfreiheit mehr. Was aber soll man von einer Marktwirtschaftsordnung und ihren Versprechen halten, wenn eindeutige Effizienzunterschiede im Produktionsmitteleinsatz und ebenso klare Entscheidungen der Nachfrager hinter deren Rücken und auf Kosten der Gesamtheit durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik wieder abgebogen werden? Hier vollzieht sich nichts anderes als eine warme Sozialisierung der unternehmerischen Risiken, mögen die Titel im einzelnen auch unterschiedlich lauten.

Aber das ist eben der z w e i t e Punkt, der den Paritäts-Bazillus gefährlich macht: Die einzelne Stützungsmaßnahme, die man sich vornimmt, mag relativ harmlos erscheinen; indessen geht die Infiltration in einer Vielzahl wirtschaftspolitischer Aktionen vor sich, ohne daß deren Charakter das immer auf den ersten Blick vermuten ließe; und so kann es geschehen, daß der Umfang, den die Entwicklung bereits angenommen hat, und ihre gesamtwirtschaftlichen Wirkungen im öffentlichen Bewußtsein abgeblendet bleiben. Sicherlich schlagen sich Importbeschränkungen, „Berufsordnungen“, Stillhalteabkommen und Maßnahmen gegen „ruinöse“ Konkurrenz oder „Konzentration“ nicht unmittelbar in Belastungen des Staatshaushaltes nieder. Dennoch werden auch via Strukturkonservierung Einkommensströme entgegen den Markttendenzen umdirigiert. Der Kostendruck von Neuerern wird ausgeschaltet, die Wanderung der Produktionsfaktoren zum Ort der höchsten Produktivität künstlich behindert, und der Konsument, der nicht ausweichen kann, zahlt zur sektoralen Gewinnstabilisierung hohe und steigende Preise. Aber selbst wenn man allein die Staatsfinanzen (und Soziale Sicherung) ins Auge faßt, bleibt das Bild düster genug. Es beginnt auf der Einnahmeseite, die gern in der politischen Diskussion vernachlässigt wird, mit sektoral gezielten Steuerbefreiungen, Steuerermäßigungen oder auch Zusatzbesteuerungen; auf der Ausgabe Seite folgt das Dickicht von Zuschüssen, Zinsverbilligungen und Ausgleichszahlungen, und es endet bei Prämien für die Nicht-Produktion. Zählt man alles zusammen, so kann der vielbeklagte Immobilismus des öffentlichen Haushalts kaum noch erstaunen. In Tat und Wahrheit erklärt der Paritäts-Bazillus vieles an den Leiden unserer Wirtschaftspolitik: die halbherzige Inangriffnahme gesellschaftlicher Großaufgaben, den ständigen Inflationsdruck und die verminderte Elastizität des Wirtschaftssystems bei Datenänderungen.

Gleichwohl besteht wenig Aussicht, daß sich die Entwicklung leicht umkehren ließe oder gar von selbst totliefe. Im Gegenteil, hier zeigt sich an einem d r i t t e n Punkt die Bedenklichkeit von Paritätsansprüchen. Denn daß sie mit Erfolg Schule machen können, geht entscheidend auf die Formation des Verbandswesens und die Rolle zurück, die es im politischen Entscheidungsprozeß spielt. Das muß eine Therapie erschweren. Sektoriale Schutz- und Stützungsforderungen sind dem Verbandswesen geradezu auf den Leib geschnitten. Sie haben einmal den Vorteil, die sonst üblichen Interessenunterschiede zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern zu überdecken, und, soweit eine Branche in der Regionalwirtschaft dominiert, auch dem dort ansässigen Zubringer-, Handels- und Dienstleistungs-

gewerbe entgegenzukommen. Zum anderen vermeiden sie es, im gleichen Sektor Gegensätze unter den Produzenten zu berühren; da der Segen in gleicher Weise über Große und Kleine, über extra- und intramarginale Betriebe niedergeht, können alle an einem Strang ziehen. Schließlich stützen sich die Branchenansprüche auch gegenseitig: Was für den Bergbau recht ist, erscheint den Werften billig, und die Landwirtschaft ist kaum geeignet, über — sagen wir — abgeschirmte Textilpreise Klage zu führen. Das alles erhöht nicht nur die Durchschlagskraft von Paritätswünschen, es spricht ebenso für ihre Vermehrung. Sind aber erst einmal die Breschen geschlagen, wird es bald einträglicher, die politischen Rosse einzuspannen, statt sich an wirtschaftliche Daten mit eigener Kraft und Mühe anzupassen. Zum Preismechanismus tritt ein zweites Lenkungsprinzip des unternehmerischen Verhaltens.

Kein Wunder, daß in einer so gemischten Wirtschaftsordnung die makroökonomische Wachstumspolitik, allen Beteuerungen zum Trotz, mehr und mehr einer deroutierten Branchenpolitik weicht. Und während wir uns noch über die funktionelle Einkommensdistribution erhitzen und wie gebannt auf den Prügelknaben Lohnpolitik blicken, vollzieht sich hinter unserem Rücken eine sektorale Umverteilung, die buchstäblich großen Stil zeigt. Sie hat alle Chancen, sich selbst fortzuzugehen, gerade weil sie suggeriert, daß sich auch mit einem Bazillus unbesorgt leben läßt.

Bruno Molitor

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS

NEUERSCHEINUNG

H. Peter Kehrberger

LEGAL AND POLITICAL IMPLICATIONS OF SPACE RESEARCH

Space Law and its Background:

Political, Military, Economical Aspects and Techno-Scientific Problems of Astronautics

Diese soeben vom Verlag Weltarchiv vorgelegte Bibliographie umfaßt mehr als 6000 Titel aus 55 Ländern in 30 Sprachen. Insgesamt wurden über 900 Zeitschriften aus Ost und West ausgewertet. Einleitende Vorworte zu dieser ungewöhnlich umfassenden Arbeit, die am 1. August 1965 abgeschlossen wurde, schrieben Professor Alex Meyer, Köln, und Andrew G. Haley, Washington.

421 Seiten, Preis broschiert DM 34,—

VERLAG WELTARCHIV GMBH · 2 HAMBURG 20 · EPPENDORFER LANDSTRASSE 106